

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39  
Telefax: 8 88 846 ppbn d  
Telefax: 21 09 64



## Inhalt

Heinz Menzel MdB zur Entlassung von 3,4 Millionen Wohnungen aus der Gemeinnützigkeit: Ein Bonner Bubenstück.

Seite 1

Horst Peter MdB zu einem Positionspapier der DDR-Sozialdemokraten: Gesundheitspolitische Überlegungen der SDP.

Seite 3

### Dokumentation:

Die südhessische SPD hat ein Konzept „Frieden 2000“ entwickelt, in dem sie für eine Beschleunigung des Abrüstungsprozesses eintritt. Der Wortlaut

Seite 5

45. Jahrgang / 7

10. Januar 1990

Ein Bonner Bubenstück

Zur Entlassung von 3,4 Millionen Wohnungen aus der Gemeinnützigkeit

Von Heinz Menzel MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der 1. Januar 1990 hat für die Wohnungswirtschaft eine Bedeutung wie kein anderer Stichtag. Werden doch mit diesem Tage 3,4 Millionen Wohnungen, die sich im Besitz von circa 1.800 Unternehmen befinden, aus der Gemeinnützigkeit entlassen. Die Auswirkungen auf die Mietentwicklung, für den Wohnungsbau und die Wohnungsverorgung breiter Schichten sind noch nicht zu übersehen. Das durch Steuerersparnis aufgebaute immobile Vermögen der bisher gemeinnützigen Wohnungsunternehmen wird mit dem 1. Januar für die Unternehmen zur disponiblen Vermögensmasse, wie es andere Wirtschaftsgüter auch sind. Es wird auf 500 bis 600 Milliarden DM geschätzt.

Der nunmehr frei verfügbare Vermögenszuwachs, der durch die Leistungen der Steuerzahler in verhältnismäßig kurzer Zeit durch Steuerfreiheit der Unternehmer, aber auch weil sie über Jahrzehnte einen großen Teil der Sozialen-Wohnungsbau-Subventionen erhielten, zustande gekommen ist, ist bei den einzelnen Wohnungsbaugesellschaften immens.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos  
mit unsollte  
Reaktion  
Papier



Die Begründung für dieses Husarenstück der Regierungskoalition - oder sollte man besser sagen Bubenstück? - das, weil für die gemeinnützigen Unternehmen die Steuerbefreiung entfällt, die Staatskasse füllen soll, hält einer sachlichen Durchleuchtung lange nicht mehr stand. Man wird davon ausgehen müssen, daß allein durch die infolge der einsetzenden Mieterhöhungen eintretenden Mehrausgaben für Wohngeld die Steuermehreinnahmen, soweit sie überhaupt eintreten, aufgefressen werden.

Man kann nur hoffen, daß die Eigentümer der Wohnungsunternehmen aus ganz gleich welchen Gründen - sei es, daß es sich um Kommunen handelt oder daß das Unternehmen zu einem Konzern gehört und Wohnungsbaupolitik aus der Sicht der Belegschaftspolitik gesehen wird - von den nunmehr gegebenen Mieterhöhungsmöglichkeiten keinen oder nur beschränkten Gebrauch machen.

Auf jeden Fall hat es wohl selten einen Stichtag gegeben, an dem der Staat Eigentümern aus einer durch Steuerverzicht gebildeten Sozialsubstanz ein derartiges Milliarden-Geschenk gemacht hat.

Letztlich werden die Mieter die Zache zu zahlen haben.

(-/10.1.1990/vo-he/rs)

\* \* \*

**Gesundheitspolitische Überlegungen der SDP**

Zu einem Positionspapier der DDR-Sozialdemokraten

Von Horst Peter MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

Die SDP in der DDR hat erste Überlegungen zur künftigen Gesundheitspolitik und zur Reform des DDR-Gesundheitswesens in einem Diskussionspapier niedergelegt, das im Februar 1990 beim SDP-Parteitag in Leipzig verabschiedet werden soll.

Im analytischen Teil weist die SDP darauf hin, daß die Bevölkerung der DDR gegenüber anderen Ländern Europas eine um sechs Jahre reduzierte Lebenserwartung hat.

Eine der Ursachen dafür wird in der generell unzureichenden materiell-technischen Basis des Gesundheitswesens gesehen. Dies betrifft besonders

- die sortiments-, bedarfs- und qualitätsgerechte Bereitstellung von pharmazeutischen und medizinischen Produkten,
- Verbrauchsmaterialien, besonders Einwegmaterialien
- die Serviceleistungen von medizinisch-technischen Geräten und Bereitstellung von Ersatzteilen,
- moderne Geräte für Diagnostik und Therapie,
- stationäre Einrichtungen, die wegen mangelnder Erhaltungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen in einem sehr schlechten Zustand sind.

Die grobe Vernachlässigung von ökologischen Fragestellungen in der Vergangenheit, das Diskussionsverbot über die durch Umweltverschmutzung hervorgerufenen Gesundheitsbeeinträchtigungen sind aus sozialdemokratischer Sicht ebenso mitverantwortlich für den schlechten Gesundheitszustand der Bevölkerung.

Die grundsätzliche Forderung der SDP zur Beseitigung dieser Mängel des Gesundheitswesens ist eine drastische Erhöhung der Finanzmittel. Hierfür kommen aus SDP-Sicht besonders folgende Finanzierungsquellen infrage:

- Verlagerung von Teilen des Staatshaushaltes, wie zum Beispiel Subventionen, Verteidigung und Staatssicherheit, in die Gesundheitspolitik,
- Erhöhung der Einnahmen für medizinische Betreuung über Leistungskataloge und Preisbindung von Leistungen bei getrennter Rechnungsführung für medizinische und soziale Betreuung, ökonomische Eigenverantwortlichkeit der Krankenkassen bei Beibehaltung des staatlichen Sozialversicherungssystems, das durch die Trennung von Gewerkschaften und Sozialversicherung umstrukturiert werden soll,
- Erhöhung der Beitragszahlung der Werktätigen und der Betriebe,
- Aufhebung des Prinzips der generellen Unentgeltlichkeit medizinischer Betreuungslösungen,
- Einführung einer zeitgemäßen Gebührenordnung für ambulante medizinische Leistungen (Beispiel: 5 M für eine Konsultation, wovon der Arzt einen prozentualen Anteil behält),

- Selbstbeteiligung bei Versorgung mit Zahnersatz, wenn nachweislich keine regelmäßige zahnärztliche Kontrolle erfolgte,
- Berechnung der stationären Betreuung nach Diagnosen und Beteiligung der Parteien an den Verpflegungskosten.

Die künftige DDR-Gesundheitspolitik soll nach dem Willen der SDP den Menschen mit all seinen Bezügen in den Mittelpunkt stellen. Die stürmische Entwicklung der Medizin aufgrund naturwissenschaftlicher Erkenntnisse und technischen Fortschritts soll nicht über eine perfekte Therapie gestörter Organfunktionen den kranken Menschen in seiner psychischen und sozialen Existenz vergessen machen.

Die zentrale Strukturierung des Gesundheitswesens soll abgelöst werden durch eine echte Mitbestimmung in Polikliniken, Krankenhäusern und in der Forschung. Die bisherige Verknüpfung staatlicher, SED und FDGB-Leitung, von ideologischen und fachlichen Fragen, soll beseitigt werden, da sie zu Stagnation, fachlicher Inkompetenz und Resignation vieler Ärzte geführt hat. Eine relative Autonomie im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft mit sozialen und fachlichen Regulativen im Gesundheitswesen ist die aus diesen Mißständen abgeleitete Forderung. Künftig sollen verschiedene Eigentumsformen (private, genossenschaftliche, staatliche und konfessionelle) im Gesundheitswesen möglich sein. Die Interessenvertretung der im Gesundheitswesen Beschäftigten soll effektiver gestaltet werden. Es soll überlegt werden, ob ein alternatives Modell möglicherweise in Form von Koordinierungsausschüssen hier Verbesserungen bringen kann.

Um ein besseres Arzt/Patienten- beziehungsweise Schwester/Patienten-Verhältnis aufzubauen, wird eine Verbesserung des Status des medizinischen Personals gefordert, durch Verbesserung der Planstellenzahl, der Entlohnung und der Ausbildung der Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Als vorrangige praktische Zielsetzung der künftigen SDP-Politik wird folgendes angesehen:

- 0 Gemeindefnahe medizinische Betreuung und Ausbau von gemeindefnahen Gesundheitszentren, die eng mit Selbsthilfegruppen zusammenarbeiten.
- 0 Entbürokratisierung des Verwaltungsapparates. Anstelle der bisher von den Volksvertretungen gewählten Kreis- und Bezirksärzten sollen durch die Ärztekammer Amtsärzte eingesetzt werden.
- 0 Berücksichtigung ganzheitsmedizinischer Aspekte durch
  - Förderung der häuslichen Krankenpflege (Familienpflege),
  - Verbesserung der geriatrischen, psychiatrischen und psychosomatischen Versorgung,
  - Verbesserung der Situation chronisch Kranker und der Behinderten,
  - verantwortungsvoller Umgang mit der Intensivmedizin durch Gründung einer Ethikkommission.

Es ist zu begrüßen, daß die Opposition in der DDR jetzt mit ihren inhaltlichen Forderungen auf politischen Fachgebieten Akzente setzt, insbesondere auf dem durch Abwanderung vieler Ärzte und Ärztinnen, Krankenschwestern und Krankenpfleger in der DDR so problematisch gewordenen Feld des Gesundheitswesens.

Und es ist zu hoffen, daß die SDP durch die Wahlen in der DDR legitimiert wird, ihre Programmansätze zu verwirklichen. Deutlich wird aber auch, daß dringend notwendige Verbesserungen nicht zum Nulltarif zu haben sind, sondern daß den Wählerinnen und Wählern in der DDR finanzielle Opfer abverlangt werden müssen. Es besteht die Chance, daß die SDP-Gesundheitspolitiker die in unserem Gesundheitswesen anfallenden Mängel vermeiden.

Gemeinsames Ziel einer Gesundheitspolitik in beiden deutschen Staaten kann die Gesundheitsförderung als wesentlicher Teil einer ökologisch und sozial gestalteten demokratischen Gesellschaft sein.

**DOKUMENTATION**  
=====

**Eine europäische Friedensordnung Institutionalisieren**

Die südthessische SPD hat ein Konzept „Frieden 2000“ entwickelt, in dem sie für eine Beschleunigung des Abrüstungsprozesses eintritt. Der Wortlaut:

I.

Die Reformbewegungen in Osteuropa und der UdSSR, der Beginn echter Abrüstung und die Herausbildung eines neuen europäischen Verantwortungsbewußtseins eröffnen zum ersten Mal eine historische Chance zu einer friedenspolitischen Neuordnung in Europa. Blockbildung und Blockkonfrontation können überwunden und durch eine friedenswahrende und friedensstiftende Kooperation aller europäischen Staaten ersetzt werden.

II.

Die Reformpolitik Gorbatschows hat zu einem grundlegenden und unumkehrbaren Wandel in der sowjetischen Politik geführt. Die heutige UdSSR will Abrüstung, Zusammenarbeit mit dem Westen und Selbstbestimmung in Osteuropa. Sie will dies nicht, weil sie durch eine westliche Politik der Stärke dazu gezwungen worden wäre, sondern weil dies in ihrem eigenen politischen und wirtschaftlichen Interesse liegt. Der macht- und wirtschaftspolitische Führungsverlust der USA wie auch ihr Interesse an der Verringerung ihres militärischen Engagements in Europa erlaubt und erzwingt selbstverantwortliche europäische Lösungen.

III.

Angesichts dieser Tatsachen sind die laufenden Abrüstungsverhandlungen nicht weitreichend genug und zu langsam im Tempo. Die Bundesregierung muß eigene Initiativen für die Abrüstungsverhandlungen (Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa, VKSE) ergreifen und auf das Vertrauen, das in Osteuropa gezeigt wird und neu entstanden ist, mit eigenen Akten des Vertrauens antworten.

Wir schlagen drei Phasen von Abrüstungsverhandlungen vor (bis 1991, bis 1993, bis 1995). Ziel dieser geplanten Abrüstungsverhandlungen soll sein, ohne Sicherheitsverlust, das heißt mit entsprechenden Konsequenzen auch für die osteuropäische Seite:

- Die Bundeswehr bis 1993 um rund 100.000 Soldaten zu verringern,
- die Bundeswehr bis 1995 auf 150.000 Soldaten zu verringern und dabei völlig auf bundesrepublikanische Marine Streitkräfte zu verzichten,
- bis 1993 rund 100.000 amerikanische Soldaten aus der Bundesrepublik Deutschland abziehen und deren Basen ersatzlos aufzulösen,
- bis 1995 alle ausländischen Truppen auf dem Boden der Bundesrepublik auf rund 80.000 Soldaten zu beschränken,
- bis zum Jahr 2000 spätestens sämtliche ausländischen Truppen aus Europa abziehen,
- bis 1995 sämtliche taktischen Nuklearsysteme in Europa ersatzlos zu vernichten, das heißt selbstverständlich auch keinerlei „Modernisierung“ vorhandener Atomwaffen,
- möglichst rasch auch die britischen und französischen Nuklearsysteme in Europa in den Abrüstungsprozeß einzubeziehen.

IV.

Unabhängig von diesen multilateralen Abrüstungsverhandlungen fordern wir für die Bundesrepublik:

- ein sofortiges vollständiges Verbot von Tiefflügen über dem Gebiet der Bundesrepublik,
- keinen weiteren Ausbau von militärischen Einrichtungen (etwa Flugplätzen und NATO-Lagern) im Rahmen von Infrastrukturprogrammen, vielmehr Rückführung bestehender militärischer Einrichtungen insbesondere in Grenznähe,
- Beendigung aller Maßnahmen im Rahmen des Masters-Restationing-Programms. Es widerspricht dem Konzept militärisch verdünnter Zonen.
- Verzicht auf Rüstungsprogramme wie Jäger 90, Leo II und Leo II-Nachfolgeprogramme, Kampfhubschrauber, U-Boot- und Fregattenprogramme.
- Weitgehenden Verzicht auf Manöver; dies wird besonders für das bisher stark belastete Hasso positive Auswirkungen haben.

V.

Beide deutschen Staaten sollten gemeinsam festlegen, welche Maßnahmen zur Reduzierung von Militär und Waffen sie gemeinsam und bilateral verwirklichen wollen und welche Abrüstungsinitiativen sie gemeinsam in die Wiener Abrüstungsverhandlungen tragen wollen.

VI.

Es wird vorgeschlagen, an der allgemeinen Dienstpflicht, die aber verkürzt werden muß, festzuhalten, deren Ableistung in der Bundeswehr, im Zivildienst oder in Entwicklungshilfediensten aber freizustellen.

VII.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen bedeuten die Chance, den Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik Deutschland unter 40 Milliarden DM zu drücken. Wobei die drastischsten Entlastungen nach 1995 liegen werden.

VIII.

Eine Strategie der friedenspolitischen Neuordnung Europas muß den KSZE-Prozeß ausbauen, ihn strukturell verbessern und ihn institutionalisieren. Die allgemeine Zielsetzung dabei ist, die bisherigen Blöcke schrittweise durch einen wirksamen, akzeptierten und demokratisch legitimierten KSZE-Mechanismus abzulösen.

In dem Maße, in dem der KSZE-Prozeß dauerhaft Abrüstung und friedliche Konfliktlösung organisiert, verlieren die Militäralianzen ihre Funktion und Berechtigung und können daher aufgelöst werden.

IX.

Ein solcher KSZE-Mechanismus muß die bestehende Zusammenarbeit in den „drei Körben“ ausbauen und vertiefen. Dazu schlagen wir vor:

1. Im Bereich der ökonomischen Zusammenarbeit einer KSZE-Entwicklungsagentur, eine darauf bezogene europäische Investitionsbank und ein Technologietransferzentrum einzurichten, in der unter aktiver Beteiligung der osteuropäischen Staaten die Reformprozesse in Osteuropa unterstützt werden.
2. Im Bereich des Umweltschutzes eine gemeinsame und entsprechend finanziell ausgestattete Umweltschutzbehörde einzurichten.
3. Für den Bereich Menschenrechte die Konvention des Europarates zur Grundlage eines auch individuell einklagbaren Menschenrechtskatalogs machen.
4. Eine Charta kultureller Grundrechte zu entwickeln, die insbesondere regional und Minderheitenkulturen schützt und entfalten hilft.
5. Gesamteuropäische Jugend-, Kultur- und Sportzusammenarbeit zu entwickeln.

X.

Der KSZE-Prozeß soll mit einer „Europäischen Schlußakte“ eine gemeinsame europäische Friedensordnung institutionalisieren. Sie würde von allen Teilnehmerstaaten unterzeichnet. Mit der Unterschrift der USA, der Sowjetunion, Frankreichs und Großbritanniens würden gleichzeitig die bisherigen Vorrechte der vier Mächte Deutschlands und Berlin betreffend abgelöst.

(10.1.1990/vo-he/rs)